

Zusammenfassung Veranstaltung:

„Soziale Medien: Zwischen Meinungsfreiheit, Desinformationen und Hate Speech“

Soziale Medien prägen unseren Alltag und die Art und Weise wie wir kommunizieren. Vielerorts haben sie zu einer größeren Meinungsfreiheit geführt und ungehörten Menschen eine Stimme verliehen. Zugleich haben sie aber auch der Verbreitung von Desinformationen und Hate Speech Vorschub geleistet. Aber wann ist eine Meinung noch tolerierbar und wann nicht? Was kann gegen Hate-Speech und Desinformation unternommen werden? Und welche Rolle sollten bei diesen Fragen Betreiber der sozialen Medien spielen?

Um diese Fragen näher zu diskutieren, lud das Projektteam am 03.03.2021 im Rahmen des Kooperationsprojekts des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der Iranischen Gemeinde in Deutschland (IGD) „Gesellschaft selbstwirksam gestalten – STAEpoSel*¹“ zu einem digitalen Streitgespräch ein. Hierfür wurden Expert*innen eingeladen, die einen unterschiedlichen Blickwinkel auf die Thematik haben:

Gilda Sahebi ist Referentin bei den Neuen Deutschen Medienmacher*innen und arbeitet im Projekt „No Hate Speech Movement Deutschland“, Ann Cathrin Riedel ist Vorsitzende von load e.V., dem Verein für liberale Netzpolitik, und Alexander Sänglerlaub ist Direktor des gemeinnützigen Think & Do Tanks futur eins in Berlin. Moderiert wurde die Veranstaltung von Tobias Galke. Es nahmen rund 25 Teilnehmende an der Veranstaltung teil.

Zu Beginn wurden die Gäste dazu befragt, sich zu der Twitter Sperrung Trumps zu positionieren. In der Diskussion stellte sich heraus, dass in Deutschland nicht die gleiche Debatte geführt werden muss wie in den USA, aber auch, dass Trump keinen Einzelfall darstellt, sondern es ebenso in anderen Ländern, wie etwa Brasilien, Iran, Syrien eine populistische Nutzung von etwa Twitter durch politische Mandatsträger gibt.

Es wurde deutlich, dass es in Deutschland viele Profile in den sozialen Netzwerken gibt, die gesperrt werden müssten, weil sie Hassrede verbreiten. Die hohe Macht, die private Plattformen haben, wurde von allen kritisiert und betont, welche Herausforderungen dies für die Demokratie darstellt. Die journalistische Funktion des Filters ist eine Notwendigkeit in der Demokratie und diese ist auf den sozialen Plattformen nicht gegeben.

Die Frage, was rechtlich noch vertretbar ist und was nicht, sollte die Aufgabe von Gerichten sein und nicht in der Verantwortung von privaten Plattformen liegen. Von Ann Cathrin Riedel wurde angesprochen, dass es in Deutschland zwar die entsprechenden Gesetze gibt, aber noch ein großes Problem mit der rechtlichen Durchsetzung besteht. Im digitalen Raum sollte vermehrt darüber gesprochen werden, wie das Recht auch dort durchgesetzt werden kann. Der Meldeweg über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist derzeit noch zu kompliziert. Darüber hinaus wird zu wenig darüber gesprochen, wie gegen Hate Speech konkret und effektiver vorgegangen werden kann.

Von Alexander Sänglerlaub wurde angesprochen, dass die großen Plattformen zu wenig Fact-Checker haben und die wenigen, die es gibt mit der großen Zahl an Fake News im Netz

¹ *Stärkung der politischen Selbstwirksamkeit, der gesellschaftlichen Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements zur besseren Integration von iranisch- und afghanischstämmigen Geflüchteten und Migrant*innen.

überfordert sind. Auch, dass auf den Plattformen keine sozialen Normen vorliegen, an die sich gehalten wird, wurde von ihm kritisiert.

Gilda Sahebi betonte, dass zu wenig Geld und Ressourcen investiert wird in die Thematik und, dass Medienbildung verstärkter Aufmerksamkeit bedarf. Die Wichtigkeit von Medienkompetenz sollte mehr anerkannt werden, da nur auf ihrer Grundlage Desinformationen und Meinungsfreiheit überhaupt unterschieden werden kann.

Zudem wurde darüber diskutiert, ob es etwas bewirkt sich als Einzelne*r aktiv gegen Hate Speech Kommentare im Netz zu positionieren. Gilda Sahebi äußerte sich dazu, dass die Positionierung einer Einzelperson gegen Hate Speech für diese mehr Konflikte bedeutet, bis hin zur verbalen Gewalt. So sollte die Frage gestellt werden: „Wo ist es notwendig sich zu äußern und wann gebe ich etwas dadurch noch mehr Aufmerksamkeit, sprich wann ist es doch eher besser zu schweigen?“ In solchen Fällen, ist es ratsam sich an Plattformen zu wenden, die eine weitere Regelung übernehmen und Hate Speech zur Anzeige bringen. Diese sind beispielsweise Hate Aid.², Jugendschutz.net³, Respekt BW.⁴

Ann Cathrin Riedel führte aus, dass es bei Hass im Netz nicht darum geht die Haterin oder den Hater anzureden, sondern es vor allem wichtig ist den Menschen, die diesem Hass ausgesetzt sind, eine Hilfestellung zu leisten. Alexander Sänglerlaub hielt ein Plädoyer für ein anders strukturiertes Internet und erwähnte, wie gewinnbringend ein öffentlich-rechtliches Internet wäre.

Deutlich wurde in der Diskussion, dass es keine einfachen Lösungen gibt und das Problem nicht durch selektive Maßnahmen gelöst werden kann. Es sind große strukturelle Probleme, die wahrscheinlich noch mehrere Jahre brauchen werden, um sie lösen zu können. Trotzdem machten die Gäste Hoffnung und betonten, wie wichtig es ist, dass sich die Zivilgesellschaft stark macht gegen Hass und Desinformationen im Netz und für strategische Förderungen in Bereichen der Medienbildung und Medienkompetenz. Ebenso wichtig ist es, dass die Zivilgesellschaft sich weiterhin für ein demokratisches Miteinander auch im digitalen Raum einsetzt. Hierbei können Länder wie Finnland auch ein Vorbild sein, da sie viele Programme anbieten, in denen nicht nur junge Menschen geschult werden, sondern auch Kurse für Senior*innen angeboten werden und ein generell stärkeres Bewusstsein für die Thematik besteht.

² **Hate Aid** – Die Beratungsstelle bei digitaler Gewalt: bietet Betroffenen digitaler Gewalt ein kostenloses Beratungsangebot und Prozesskostenfinanzierung. Menschen, die online Hass und Hetze erleben, die beleidigt, verleumdet oder bedroht werden, können sich an diese Stelle wenden. <https://hateaid.org/>

³ **Jugendschutz.net**: ist das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Die Jugendministerien haben jugendschutz.net 1997 gegründet. Die Stelle ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden und recherchiert Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Sie fordert Anbieter und Betreiber auf, ihre Angebote so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können. <https://www.jugendschutz.net/deutsch/index.html>

⁴ **Respekt BW** – Informations- und Sensibilisierungskampagne
Mit dem Projekt #RespektBW und der Informationskampagne „Bitte Was?! Kontern gegen Fake und Hass“ setzt die Landesregierung Baden-Württemberg ein klares Zeichen gegen Fake und Hass im Netz. Die Kampagne soll Kinder und Jugendliche aktivieren, sich respektvoll im Netz zu verhalten und auf diese Weise für ein gutes gesellschaftliches Miteinander einzutreten. <https://www.lmz-bw.de/landesmedienzentrum/programme/respektbw/>
<https://bitte-was.de/>